Ressort: Lokales

Laschet bittet wegen Gladbeck-Geiselnahme um Vergebung

Düsseldorf, 13.08.2018, 17:59 Uhr

GDN - Dreißig Jahre nach dem Geiseldrama von Gladbeck bittet der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) die Angehörigen der drei Todesopfer und die weiteren Opfer um Entschuldigung. "Es ist die oberste Pflicht des Staates, seine Bürger zu schützen. Dies ist ihm in Gladbeck und in den Stunden danach unter dramatischen Umständen nicht gelungen", sagte Laschet der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Dienstagsausgabe).

Laschet will am Donnerstag gemeinsam mit dem Bremer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) und einem Mitglied des niedersächsischen Kabinetts das Grab von Silke Bischoff in Heiligenrode bei Bremen besuchen. Er kritisierte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Dienstagsausgabe), dass es eine Entschuldigung des Staates bei den Gladbeck-Opfern nie gegeben habe. Eine solche Entschuldigung mache zwar nichts ungeschehen. Dennoch sehe er sich als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen heute in der Pflicht, "um Vergebung dafür zu bitten, dass der Staat vor 30 Jahren nicht alle rechtsstaatlichen Mittel genutzt hat, den Opfern dieses schrecklichen Verbrechens den Schutz zu bieten, den sie verdient gehabt hätten". Zudem will Laschet eine der politischen Lebenslügen der nordrhein-westfälischen Landesgeschichte abräumen. Seit 30 Jahren galt in Düsseldorf die offizielle Linie, die eigenen Sicherheitsbehörden hätten sich im Fall Gladbeck nichts vorzuwerfen. Tatsächlich war die nordrhein-westfälische Polizei jedoch für den weitaus größten Teil des völlig missratenen Einsatzes zuständig. Nach einem Banküberfall am 16. August 1988 in Gladbeck waren die beiden vorbestraften Kriminellen Hans-Jürgen Rösner und Dieter Degowski mit wechselnden Geiseln in mehreren Fluchtfahrzeugen 54 Stunden lang kreuz und quer durch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und die Niederlande gefahren. Mehrere Gelegenheiten zum Zugriff blieben im Namen einer Null-Risiko-Strategie ungenutzt. Anders als Bremen, das seinen Anteil am Desaster rasch, umfassend und im parteiübergreifenden Konsens aufarbeitete, unterblieb Vergleichbares in Nordrhein-Westfalen aus machttaktischen Gründen. Es sei "mehr als überfällig", dass sich nun auch Nordrhein-Westfalen zu seiner Verantwortung bekenne, sagte Laschet.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-110188/laschet-bittet-wegen-gladbeck-geiselnahme-um-vergebung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619